

Holzarbeiter-Zeitung

Nr. 19
38. Jahrgang

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Berlin,
10. Mai 1930

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. / Der Bezugspreis beträgt monatlich 50 Pfennig. Zu beziehen durch sämtliche Postanstalten. Die Mitglieder des Verbandes erhalten die Zeitung unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayler, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Adlonischen Platz 2.
Telefon: Amt Dannewitz 62 46.

Geschäftsanzeigen werden nach Tarif berechnet.
Arbeitervermittlungen 50 Pfennig die Millimeterzeile.
Verbandsanzeigen 30 Pfennig die Millimeterzeile.

Theodor York zum Gedächtnis

1830 - 13. Mai - 1930

Vor 100 Jahren, am 13. Mai 1830, ist Theodor York geboren. Vielen von den jüngeren Kollegen wird der Name fremd sein. Theodor York ruht auch schon sehr lange unterm Rasen, aber er hat einst für die deutschen Holzarbeiter, ja für die Arbeiterbewegung überhaupt eine Bedeutung gehabt, die es rechtfertigt, daß an seinem 100. Geburtstag die Erinnerung an ihn und sein Werk wachgerufen wird.

Theodor York war einer der Männer, die an der Wiege der proletarischen Arbeiterbewegung in Deutschland standen, er gehört zu den Gründern der ältesten deutschen Gewerkschaften. Sein Wirken fällt in die Zeit, da in den fortgeschrittenen Teilen der deutschen Arbeiterschaft der Drang nach Befreiung aus der geistigen Enge unwiderstehlich wurde. Noch stand das Proletariat unter der geistigen Vormundschaft mehr oder weniger wohlmeinender Bourgeois, noch waren die Gesetze in Kraft, welche den Zusammenschluß der Arbeiter zum Zwecke der Erzielung günstiger Arbeitsbedingungen mit harten Strafen bedrohten. Aber mächtiger als diese veralteten Gesetze war das Streben der Arbeiter nach gewerkschaftlichem Zusammenschluß. Die später erfolgte Aufhebung der Koalitionsverbote legitiimierte nur die inzwischen bereits erfolgte Gründung von Gewerkschaften. Schon vorher hatte Lassalles Weckruf zur Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, der ersten selbständigen politischen Organisation der Arbeiter in Deutschland, geführt.

In dieser gährenden Zeit wurde der Tischler Theodor York der Arbeiterschaft und vornehmlich auch seinen Berufsgenossen ein Führer, der unbestechliche Ehrlichkeit mit einem Weitblick verband, der ihn geistig weit über den Durchschnitt seiner Klassengenossen hervorhob. Eine hervorstechende Eigenschaft Yorks war seine schlichte Geradsheit und Bescheidenheit. Er wollte nie mehr scheinen als er war, aber unbeugsam stand er zu den Grundsätzen, zu denen er sich bekannt hatte. Gerade diese Eigenschaften lenkten den Blick auf ihn und sie verschafften ihm das unerschütterliche Vertrauen, die Liebe und Anhänglichkeit der Massen, die in ihm den geborenen Führer verehrten.

Theodor York stammte aus Breslau. Sein Vater war ein kleiner Tischlermeister, und er selbst hat in Breslau das Tischlerhandwerk erlernt. Ein Unfall, den er als Lehrling erlitt, verschuldete, daß York für sein ferneres Leben den hinkenden Gang behielt. Das hinderte ihn aber nicht, nach altem Handwerksbrauch auf die Wanderschaft zu gehen. An der nordischen Wasserkante blieb er hängen. Im Jahre 1856 ist er ein hervorragendes Mitglied des Arbeiterbildungsvereins in Harburg. Diese Arbeiterbildungsvereine waren Gründungen bürgerlicher Philantropen, in welchen den Arbeitern Allgemeinwissen vermittelt wurde; sie waren zugleich ein Mittel, die Arbeiter unter der politischen Vormundschaft der Fortschrittspartei zu halten. Im Jahre 1862 gehörte York zu den Arbeiterdelegierten, die auf Vorschlag des Magistrats von Harburg zum Besuch der Weltausstellung nach London geschickt wurden. Dort traf er mit Arbeiterdelegierten aus anderen Ländern zusammen, er lernte den kommunistischen Arbeiterbildungsverein in London, den Sammelpunkt der politischen Flüchtlinge, besonders der deutschen, kennen. Hier erkannte er die Notwendigkeit einer Arbeiterbewegung, die, frei von der Führung durch die Bourgeoisie, sich auf eigene Füße stellt. Lassalles „Offenes Antwortschreiben“ vom März 1863 zeigte der Arbeiterschaft den Weg zu dem Ziel, das auch York anstrebte. Er trat sofort dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein bei. Er wurde in dessen Vorstand berufen, und der Präsident Lassalle wußte den Rat Yorks wohl zu schätzen.

Die Gründung einer Gewerkschaftsbewegung in Deutschland wird von dem Allgemeinen Deutschen

Arbeitertag datiert, der, von Schweizer und Frigische berufen, im September 1868 in Berlin tagte. Zu den dort gegründeten Gewerkschaften gehörte der „Gewerkverein der Holzarbeiter“, der unter der Leitung von York ins Leben trat. York gehörte noch dem Vorstand des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins an, dessen Vorsitzender v. Schweizer im Jahre 1869 seinen „Staatsstreik“ unternahm, durch den die Diktatur des Präsi-



Theodor York

denten errichtet werden sollte. Mit anderen bekannten Führern erließ York einen Aufruf zur Einigung aller Sozialdemokraten auf demokratischer Grundlage. Das führte zum Eisenacher Kongreß und der Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei. York wurde in die Kontrollkommission der Partei gewählt.

Der politische Gegensatz zwischen den Fraktionen, den Lassalleanern und Eisenachern, wie sie genannt wurden, übertrug sich auch auf die Gewerkschaften. Der im Jahre 1871 von den Lassalleanern gegründete „Allgemeine Tischler- (Schreiner-) Verein“ mit dem Sitz in Berlin stand in scharfem Gegensatz zu der von York geführten Gewerkschaft der Holzarbeiter. Zwischen beiden Organisationen wurden heftige Kämpfe geführt. Die im Jahre 1876 erfolgte Einigung und die Verschmelzung der beiden Organisationen zum „Bund der Tischler und verwandter Berufsgenossen“ hat York nicht mehr erlebt, aber die Spuren seines Wirkens haben sich in den Gewerkschaften noch sehr lange erhalten.

Eine Gewerkschaftsbewegung ohne eine organisatorische Spitze, wie wir sie im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund haben, kann man sich heute kaum vorstellen. Theodor York gebührt das Verdienst, als erster auf die Notwendigkeit des engeren Zusammenschlusses der verschiedenen Berufsorganisationen hingewiesen zu haben. Er erließ einen Aufruf zu einer gewerkschaftlichen Tagung im Anschluß an den auf Pfingsten 1871 einberufenen Parteikongreß der Eisenacher. Dort sollte eine Union der Gewerkschaften gebildet werden, eine Zentralstelle, in welcher sich die einzelnen Organisationen unter Wahrung ihrer Selbständigkeit in der inneren Verwaltung zusammenfinden. Die Gründung der Union erfolgte allerdings erst später, auf dem Gewerkschaftskongreß in Erfurt im Juni 1872. Dieser Kongreß war ebenfalls von York einberufen worden, der inzwischen

zum Sekretär der Eisenacher Partei gewählt worden war und seinen Wohnsitz nach Hamburg verlegt hatte.

Es kann hier keine Geschichte der damaligen Gewerkschaftsbewegung gegeben werden, es sei aber daran erinnert, daß Theodor York bereits Gedanken für die Gewerkschaftsbewegung propagiert hat, die wohl heute allgemein als Selbstverständlichkeiten gewertet werden, über die aber noch Jahrzehnte nach Yorks Tode heftige Kämpfe innerhalb der Gewerkschaften geführt wurden. So die Schaffung von sozialen Unterstützungseinrichtungen in den Verbänden. York ging damit bahnbrechend voran. Ähnlich ist es mit der Gewerkschaftspresse. York war es, der als erster auf die Notwendigkeit der Schaffung einer Gewerkschaftspresse hinwies, und er hat eine solche auch ins Leben gerufen.

Theodor York darf, ohne anderen zu nahe zu treten, als der bedeutendste Kopf in der vorsozialistengesellschaftlichen Gewerkschaftsbewegung angesprochen werden. Und die Holzarbeiter haben besonderen Anlaß, die Erinnerung an ihn wachzuhalten, denn er war unser. Er war der erste Führer der Organisation der Holzarbeiter; im Dienste für diese Organisation hat er sich aufgegeben. Ein tragisches Geschick wollte es, daß er, der sich mit voller Hingabe für die Einigung der Arbeiterschaft einsetzte, die Einigung der sozialdemokratischen Fraktionen nicht mehr erleben sollte. York starb in den Morgenstunden des 1. Januar 1875. Seiner Leiche folgte die Hamburger Arbeiterschaft in großen Scharen; die gegnerischen Gruppen in der Partei wie in den Gewerkschaften vereinigten sich in der Ehrung des toten Führers.

Theodor Yorks Werk ist durch das Sozialistengesetz vernichtet worden. Die Gewerkschaften mußten später von Grund auf neu aufgebaut werden. Aber das mindert nicht das Verdienst des genialen Führers. Er war der weitblickende Organisator, dem die Gewerkschaftsbewegung heute noch Dank schuldet. Von Bömelburg stammt das vielzitierte Wort: „Partei und Gewerkschaften sind eins.“ Lange vor Bömelburg hat Theodor York dieses Wort in die Tat umgesetzt. In seiner Person versinnbildlicht sich die Einheit der Arbeiterbewegung. Sozialdemokratie und Gewerkschaften sind Glieder eines Körpers. Jede der Bewegungen hat ihre besonderen Funktionen, aber der Körper, die Arbeiterschaft, kann nur gedeihen, wenn Eintracht in ihm herrscht, wenn man sich überall des gleichen Ursprunges und des gemeinsamen Zieles bewußt bleibt. Auch in dieser Hinsicht sei uns Theodor York, der vor 100 Jahren geboren wurde, ein leuchtendes Vorbild.

Sozialpolitik tut not.

Militarisierung des gesamten Volkes, Aufteilung des Staatslebens in Befehl und Gehorsam, ein unumschränkter Herrscher, ein rechtloses Untertanenvolk, in seinem Wohl und Wehe der Willkür des Königs ausgeliefert, günstigenfalls auf dessen Gnade angewiesen: das war das Gesicht des alten friderizianischen Staates.

Die Freiheits- und Gleichheitsrufe, die von der großen Französischen Revolution herüberklangen, die zunehmende Manufaktur- und später die Fabrikarbeit stießen die ersten Fesseln in das Staatsgebäude der absoluten Monarchie. Der Untertan verlangte Staatsbürgerrechte, und als sie ihm verweigert wurden, baute er nach französischem Vorbild Barrikaden und kämpfte für seine Menschenrechte. So entstand der andere Typ des Staates: die konstitutionelle Monarchie, in der die Macht des Herrschers mehr oder weniger durch eine parlamentarische Vertretung des Volkes beschränkt wird.

Diese politische Freiheitsbewegung war aber nur der Reflex einer umfassenden wirtschaftlichen Umwälzung, die den alten Agrarstaat sichtbar und rapid in der Richtung zum Industriestaat hin umgestaltete. Die junge, nicht zuletzt auch durch die Freiheitskriege und eine Reihe wichtiger Erfindungen angelebte Industrie sprengte die alten Zunftfesseln; der aufblühende Handel rüttelte an den Zollschranken, bis sie fielen. Der Ruf nach Freiheit tönte hier auf dem Gebiet der Wirt-

schaft noch lauter als in der eigentlichen Politik. Die Smithsche Lehre, daß die Wirtschaft dann am besten gedeihe, wenn sich der Staat gar nicht in sie einmische, wurde zur Wirtschaftsreligion. Und die aller nächste Entwicklung schien den Freiheitsaposteln recht zu geben.

Mit der Zeit aber zeigten sich auch für die Schlagwortverblendete weitere Öffentlichkeit die Schattenseiten des Systems. Die ungeheuerliche Ausbeutung der Arbeiter trat zutage. Nicht nur die Männer, sondern auch Frauen und Kinder arbeiteten für einen erbärmlichen Lohn unter den schlimmsten gesundheitschädlichen Verhältnissen 14, 16 und 18 Stunden täglich. Es waren die Generale, die zuerst über die Folgen klagten. Die Vereinerlichung der Arbeiter ging so weit, daß bei den Rekrutenmusterungen nicht mehr die erforderliche Anzahl tauglicher Soldaten herausgefunden werden konnte. So bekam die neue Freiheit und schrankenlose Unternehmerwillkür den Arbeitenden. Im Interesse der Sicherung der Landesverteidigung wurde dann zunächst (1839) die Beschäftigung von Kindern unter 9 Jahren verboten. Diese Maßnahme kann als Wendepunkt der Entwicklungskurve aufgefaßt werden: der moderne Sozialstaat begann von hier an bereits im Schoße des alten Staates zu keimen und sich langsam, langsam zu entspalten.

Es gibt auch hier, wie überall im Gesellschaftsprozeß, keine sprunghafte Ablösung, sondern nur fließende Übergänge. Man muß auch die ganze spätere, unter dem Druck der organisierten Arbeiterchaft zustande gekommene wilhelminische Sozialgesetzgebung als Element dieses modernsten Staatstyps anerkennen. Seine offizielle Begriffsbestimmung und seine gesetzliche Verankerung fand der wesentlich reifer gewordene Sozialstaat durch die Reichsverfassung vom Jahre 1919: Hier ist der Staat unverkennbar auf den Typ Volksstaat abgestellt. Zum Träger der Staatsgewalt wird das Volk erklärt; der Teilstaatsbürger der konstitutionellen Monarchie wird Vollstaatsbürger.

Eine der wichtigsten Bestimmungen der Reichsverfassung, die das Wesen des neuen Staates und seine soziale Tendenz am deutlichsten zeigt, ist der Artikel 151. Es heißt dort:

„Die Ordnung des Wirtschaftslebens muß den Grundlagen der Gerechtigkeit mit dem Ziele der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle entsprechen.“

Entgegen der weitgehenden Gleichgültigkeit des manchesterlichen Staates gegenüber dem Schicksal des Einzelmenschen („Sehe jeder, wo er bleibe!“) wird hier dem einzelnen wieder ein Anspruch auf eine menschenwürdige Existenz, wenigstens programmatisch, eingeräumt. In allerengstem Zusammenhang mit der angeführten Bestimmung steht die Vorschrift des Artikels 163, Absatz 2:

„Jedem Deutschen soll die Möglichkeit gegeben werden, durch wirtschaftliche Arbeit seinen Unterhalt zu erwerben. Soweit ihm angemessene Arbeitsgelegenheit nicht nachgewiesen werden kann, wird für seinen Unterhalt gesorgt.“

In diesen Bestimmungen wurzelt die Sozialpolitik des neuen Staates. Das Ideal des alten Rechtsstaates war die formale Gleichheit aller vor dem Gesetz. Anatole France, der große geachtete Franzose, hat mit Recht diese formale Gleichheit in jenem heute von aller Welt zitierten Sage verspottet, in dem er sagt, daß das Gesetz in seiner erhabenen Majestät sowohl dem Reichen als auch dem Armen verbiete, unter Brücken zu schlafen. Die formale papierne Gerechtigkeit des alten Rechtsstaates erhält im modernen Sozialstaat eine zusätzliche Ausgleichsquote in Gestalt der Sozialpolitik. Durch sie wird die tatsächliche Ungerechtigkeit der formalen Gerechtigkeit zur tatsächlichen Gerechtigkeit umgewandelt.

Die Sozialpolitik ist Wesensbestandteil des neuen Staates. Dieser neue Staat aber ist einfaches wirtschaftliches und kulturelles Erfordernis. Für alle, die an dem Fortschritt und die Höherentwicklung der Menschheit glauben, und für alle, für die Kultur nicht nur ein leeres Schlagwort ist, steht die Daseinsberechtigung des neuen Staates und damit die Daseins- und Entwicklungsberechtigung der Sozialpolitik jenseits jeder Diskussion. Hier gibt es kein Rechts; hier scheiden sich die Ewiggestrigen von den Zukunfts- und Fortschrittsbejahenden; hier trennen sich Kultur und Unkultur.

Sozialpolitik ist kulturelle Notwendigkeit. Ihre nützliche Notwendigkeit darzutun, würde ein einfacher Hinweis auf den letzten Krieg genügen. Die Millionen, die draußen in Dreck und Eis und Schlamm ihr Blut und Leben für die Heimat opferten, die Millionen, die zu Hause bei Hunger und Entbehrung schützten wie nie zuvor. Man sollte glauben, daß sie Blut und Not und Opfer zu einer Schicksalsgemeinschaft zusammengeweiht hätten, die wenigstens in Spuren durch jene Zeit von Generationen noch nachwirke, in der die große Rechnung zu zahlen ist! Nichts von dem! Die damals, ohne selber zu opfern, das Volk zu Opfern peitschten, die predigen auch heute wieder, ohne selber embeihren zu müssen, dem Volke Entfugung und Feldentzug. Sie weitem gegen die Sozialpolitik und empfehlen denen, deren „Bewusstseinsbildung“ sie angeblich fürchten, Bierdeluxen zur Abhärtung und Erziehung. Die damals Staat und Heimat (und zwangswise auch den Großprofit) mit ihren Leibern verteidigten, die heute heute zu einem erheblichen Teil in den Feindes- und Vergewertern und Schreiberbüchern. Die Großverdiener und Stahlschmelzer von damals sind die „Arbeiter“ von heute. Die Objekte ihres Hasses und die Ziele ihres Hasses sind die gleichen geblieben. Wer unter den heutigen Verhältnissen den Abbau der Sozialpolitik fordert, der erklärt seinen nützlichen Panzertrotz. Wenn schon, es ist schmerzlos und kostet nichts. Der Profit aber ist heilig.

Aber wann wäre das Unternehmertum ethischen Einwandem zugänglich gewesen? Sie haben immer für die Arbeiterklasse nur die Bedeutung von Arrieten gehabt dafür,

daß Großesigentum und Kulturträgerschaft im allgemeinen nicht zusammenfallen.

Die Unternehmer sagen, daß die Interessen der Wirtschaft den Abbau der Sozialpolitik erfordern. Wahr ist das Gegenteil. Das sozialpolitische Programm in der Verfassung des neuen Staates ist kein Zufall. Diese Verfassung ist, wie jede Verfassung, lediglich das rechtliche Spiegelbild der tatsächlichen wirtschaftlichen Zustände im Staate. Das hat bereits vor Karl Marx der bürgerliche Staatsrechtler Brenz von Stein zugegeben und ausführlich dargelegt. Bei näherem Zusehen ergibt sich die Richtigkeit dieser Lehre gerade am Beispiel des modernen Staates und seiner Wirtschaft.

Jeder Mensch ist heute in eine Unmenge wirtschaftlicher Beziehungen verflochten. Bei der modernen Arbeitsteilung arbeitet jeder für jeden und jeder hängt von jedem ab. So entsteht das unendlich seine Flechtwerk der modernen Gesellschaft. „Jeder für alle“, das ist faktisch das Prinzip. Jeder Werttätige ist heute Diener am Bestande der Wirtschaft und der Gesellschaft. Jeder einzelne ist Gefahren ausgelegt, die rein aus dem Wesen dieser bestimmten Wirtschafts- und Gesellschaftsform entspringen. Aus diesen Tatsachen ergibt sich eindeutig die Forderung, daß auch die Gesellschaft Einrichtungen schaffe und unterhalte, die den einzelnen vor dem Untergange schützen und seine Angehörigen vor den schlimmsten Entbehrungen bewahren, sofern er in diesem Dienst an der Wirtschaft und Gesellschaft verunglückt oder ganz oder teilweise unfähig dazu wird. Das System der modernen Verflechtung der Arbeiterschicksale zum gesellschaftlichen Kollektivkörper verlangt aus seinem Wesen heraus die Sozialpolitik in weitestem Umfange bis zur wirklichen Sicherung der menschenwürdigen Existenz des Arbeitenden. Die Erntlichungs- und Abhärtungsstrategien im Unternehmerlager gehen von wirtschaftlichen Zuständen aus, wie sie vor Hunderten von Jahren bestanden, zu einer Zeit, in der die gesellschaftliche Verflechtung der einzelnen bedeutend weitmaschiger war und deshalb eine viel größere soziale Bewegungssphäre des Einzelmenschen ermöglichte. Die schwersten Gesellschaftskatastrophen wären unvermeidlich, wollte man die vorge-schlagenen Irrwege ins Heldische wirklich gehen.

Alles das Zetern gegen die finanzielle Tragbarkeit der Sozialpolitik. Aber das ist so alt wie die Sozialpolitik selber. Als der Sonntagstadenklus eingeführt worden war, schrieben die Schreibnechte der kapitalhörigen Presse, daß eine Anzahl von Kindern verhungert sei, weil die Mütter vergessen hätten, tags zuvor Milch einzukaufen. Und als die Gewerbeaufsicht durchgeführt wurde, gebärdeten sich die Schreiberlinge der Unternehmer edel entrüstet und sagten, daß durch dieses Schandgesetz ehrliche Arbeiter unter Polizeiaufsicht gestellt würden. Mit der Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Ausland hatte man es auch schon immer. Erhöhen ging die Sozialpolitik ihren Weg: Die Wissenschaft hat auch einwandfrei nachgewiesen, daß bisher sämtliche sozialpolitischen Maßnahmen ohne Verringerung des Produktionsertrags durchgeführt werden konnten. Verschiebungen im Kostenaufbau konnten durch Rationalisierung und entsprechende organisatorische Maßnahmen stets eingeholt werden. Man muß nur die Wirtschaft nicht als statisch, sondern als dynamisch betrachten, und muß sehen und in Betracht ziehen, daß sie stets neue ausgleichende Kräfte von sich aus entwickelt und zur Wirkung bringt. Das darf gerade in der jetzigen kritischen Situation nicht vergessen werden. Es brodelt viele politische und wirtschaftspolitische Dinge im großen Schmelztigel der Zeit. Die Arbeiterklasse muß auf dem Posten sein, damit ihr der Guß keine Enttäuschung bereite.

B. A. Reith.

Schiele, der Retter.



Zum Acker hinaus, auf das Feld wollt ihr gehn? Wollt persönlich die Arbeit der Leute besehn? Pflü Deubel, das lassen wir Junker schön bleiben, Wir wissen uns nobel die Zeit zu vertreiben. Wir trinken Champagner, wir leeren die Flaschen. Wir haben doch Schiele, der füllt uns die Taschen. Der Schiele hats Herz auf dem rechten Fleck, Nun lebt doch der Junker wie die Made im Speck.

Kapitalbildung und Sparvorschlüge.

1. Wo soll Kapital gebildet werden?

Es fehlt der deutschen Wirtschaft an Kapital, darüber sind alle Wirtschaftskundigen einig. Aber darüber, wie und wo am zweckmäßigsten Kapital gebildet wird, gehen die Meinungen sehr auseinander. Anleihen aus dem Ausland dürfen nur zur Inangabe der deutschen Wirtschaft ausgenommen werden. Die wünschenswerte Kapitalbildung muß sich im Inland selbst vollziehen. Wie aber gedenken die verschiedenen Erwerbsgruppen und die Arbeiter das nötige Kapital zu bilden?

Da tagte neulich der Weltspartag. Er empfahl das Geldsparen. Die Menge oder Masse soll sparen und ihr Geld zu den Sparkassen, Geldkreditgenossenschaften und Banken bringen. Die Lebensversicherungen und ähnliche Versicherungsarten sind für die Vorsorge durch ihre Einrichtungen, also: Versicherern für Unglücks- und Todesfälle, für die Erziehung, Aussteuer und wie diese Formen alle heißen. Anders herum wollen manche Unternehmergruppen. Man kann es ihnen nachfühlen, daß sie das Geld nicht aus zweiter oder dritter Hand möchten. Also sagen sie: es sei gar nicht so sehr erwünscht, daß bei den Sparkassen und ähnlichen Geldanstalten beträchtliche Summen Geld gespart würden. Viel zweckmäßiger sei es, die Kapitalbildung gehe bei den Unternehmern selber vor sich. Hier sei die Kapitalbildung volkswirtschaftlich am vorteilhaftesten. Soweit ich sehe, wird diese Auffassung besonders von Schwerindustriellen geltend gemacht. Sie glauben, daß die Kapitalbildung einstweilen nicht durch hohe Löhne, sondern durch niedrige zu erreichen sei. Dadurch sei auch die Arbeitslosigkeit zu vermindern. Lohnherabsetzungen richteten sich nicht gegen die Arbeiterchaft, wenn sich die Kapitalbildung am richtigen Ort vollziehe. So lehrte neulich ein Vertreter dieser Auffassung: „Je geringer der Lohn, desto schneller geht im allgemeinen die Kapitalbildung vor sich, da von Gewinnen ein erheblich größerer Teil gespart wird als vom Lohn. Je stärker aber die Kapitalbildung, um so größere Möglichkeiten zur Ausnützung des technischen Fortschritts und zur Produktionsausdehnung und um so größere Sicherheit für die Arbeiterchaft, in der Zukunft höhere als alle bisherigen Löhne zu erreichen.“ Wem soll man folgen? Wer sieht in dieser Frage volkswirtschaftlich richtig?

2. Sparen ist Vorratsbildung, Vorsorge für die Zukunft für den einzelnen und die Gesamtheit. Wesen und Arten des Kapitals.

Halten wir bei der Frage der Kapitalbildung die privatwirtschaftliche von der volkswirtschaftlichen Seite auseinander. Was für den einzelnen Menschen nützlich ist, bekommt nicht immer dem Ganzen. Die Spartassenvertreter und Versicherungsunternehmer wünschen ja, daß sich die Kapitalbildung bei ihnen oder doch in einem gewissen Maße bei ihnen vollziehe. Das müssen sie wünschen und danach müssen sie streben, denn sonst können sie nicht bestehen. Das sagen sie allerdings nicht, sondern sie empfehlen das Sparen zum Wohle der Sparenden. Ob dies für den einzelnen nützlich ist, muß er selber zu ergründen suchen. Wer sparen kann, ohne sich dabei seelisch und körperlich zu schädigen, soll es tun. Denn ein Spargut bietet (sicher angelegt) einen Rückhalt für unvorhergesehene Wirtschaftsnöte. Es hebt auch seelisch. Zu wissen, für üble Tage geborgen zu sein, gibt Hoffnung und Halt. So spart der einzelne um seinetwillen. Aber seine eigenen Bedürfnisse hinaus sollte aber jeder an die Bedürfnisse der Volkswirtschaft denken. Also auch sparen, damit die Wirtschaft im ganzen die Mittel zur flotten Güterherstellung und zum flotten Güterabsatz erhält. Nun sagen aber manche: dieses Sparen ist gar nicht so sehr erwünscht. Regelmäßige Beschäftigung sei mehr wert als ein Notgroschen. Andere gehen sogar so weit, zu behaupten (wie vorhin erwähnt), am wirksamsten vollziehe sich die Kapitalbildung bei den Großunternehmen. Diese Kapitalbildung sei volkswirtschaftlich so bedeutungsvoll, daß sogar zeitweilige Lohnherabsetzungen nötig seien, um sie in dem wünschenswerten Maße zu ermöglichen. Später stiegen dafür die Löhne.

Daß die Unternehmungen, die mit eigenem Kapital wirtschaften, besser daran sind als die, die teuren Bankkredit aufnehmen müssen, ist sicher, und daß dies auch den Arbeitern zugute kommen kann, kann nicht bestritten werden. Aber von Lohnherabsetzungen für die Kapitalbildung einzelner Unternehmungen kann gar keine Rede sein. Es hieße, den betreffenden Unternehmungen einen Vorteil einräumen, der durchaus nicht zum Vorteil der darin beschäftigten Arbeiter und der Volkswirtschaft ausschlägt. Die Kapitalbildung ist zu dem nicht die einzige „Frage“ in der Volkswirtschaft. Es geht vor allem einmal um das Wohlbefinden der Arbeiter, auch um das jetzige, augenblickliche und das gleich darauffolgende. Das verträgt keine Lohnherabsetzungen; im Gegenteil: es verlangt bessere Löhne und Gehälter. Die Frage kann nur sein: Wie sind diese möglich und durchzusetzen? Es würde ein übles Durcheinander geben, wenn die Kaufkraft breiter Volksschichten durch Lohnminderungen geschwächt würde. An einzelnen Stellen höbe sich die Kapitalbildung, an anderen ginge sie zurück. Alle Gewerbearten, die Tagesartikel und Massenverbrauchsartikel herstellen, litten darunter. Bei genaueren Untersuchungen könnte sich außerdem zeigen, daß es volkswirtschaftlich viel nötiger wäre, an anderen Stellen der Güterherstellung mehr Kapital zu bilden. Einzelnen Unternehmen oder Gruppen von Unternehmen die Kapitalbildung zu überlassen, wäre eine unerhörte Unterwerfung. Solchen Annahmen gilt es ein unmögnerhändliches „Nein“ entgegenzusetzen!

Gibt es denn für den privaten Unternehmer keine anderen Mittel als Lohnherabsetzungen und Erhöhung der Warenpreise, um Kapital bilden zu können? Einmal ginge das auf Kosten der Arbeiter, dann auf Kosten der Verbraucher. Beides führt zur Einschränkung der Gütererstellung, zur Arbeitslosigkeit. Von einer Kapitalbildung dieser Art ist kein Heil zu erwarten. Die Parole kann für den privaten Unternehmer nur sein: Mehr denken und besser wirtschaften. Durch Vermeidung unnötigen Aufwandes, bessere Organisation der Betriebe, ergiebiger Arbeitsarten soll er Kapital bilden, nicht aber durch Lohnsenkungen und Preiserhöhungen. Aber zunächst noch ein Wort über den Begriff „Kapital“. Soll man Geld darunter verstehen, Mittel zur Gütererstellung (Produktionsmittel) oder alles, was an Hab und Gut vorhanden ist? Viele denken nur an das Geld, wenn von Kapital die Rede ist. Andere haben Werkzeuge, Maschinen, Kräfte, Stoffe im Auge, wenn sie von Kapital sprechen. Wieder andere verstehen darunter ihr gesamtes Vermögen. Es wird stehendes und umlaufendes Kapital unterschieden. Stehendes Kapital ist das fest angelegte, das erst nach längerer Zeit Erträge abwirft, umlaufendes setzt sich bald um, kommt im Verkaufspreis wieder herein und kann bald wieder umgelegt werden. Zum stehenden Kapital gehören: Werkzeuge, Maschinen, Arbeits- und Nuttiere, Werkstätten, Fabriken, Lagerstätten, Scheune, Eisenbahnen. Zum umlaufenden Kapital gehören: Roh- und Hilfsstoffe.

3. Die Dringlichkeit des Bedürfnisses muß entscheiden, wo zuerst und nachhaltig Kapital gebildet werden muß.

Kapital wird durch Arbeit geschaffen und etwas weiter: durch Borratsbildung. Man sagt: Kapital entstehe durch Sparbarkeit und Produktion. Wenn alles Hergestellte als bald aufgebraucht wird, kann allerdings kein Kapital entstehen. Die erste Bedingung ist: Arbeit, die zweite: Borratsbildung (Sparbarkeit ist ein unzutreffender Begriff). Also: Arbeit und Borratsbildung! Aber Borratsbildung worin? Zuerst in Nahrung, Kleidung, Wohnung, dann in Bildungs- oder Kulturbedürfnissen. Wenn so stürmisch Kapitalbildung verlangt wird, muß man sich doch auch klarmachen: Wozu? Wir fangen allerdings heute nicht ganz vorn an, uns das Nötige planmäßig zu beschaffen. Wir sind inmitten einer sehr entwickelten Wirtschaftsweise. Dennoch muß man sich klarmachen, was es eigentlich mit dieser Kapitalbildung auf sich hat, wozu sie sein oder was mit ihr bezweckt werden soll und muß. Die Kapitalbildung muß der menschlichen Bedürfnisbefriedigung dienen. Es müssen zuerst und ausgiebig die Borräte geschaffen werden, die die Menschen am dringendsten brauchen. Das kann man sich nur an einer Bedürfnisordnung klarmachen. Nach Hedentath sind die Dringlichkeitsstufen: Einatmung, eine gewisse Temperatur, Ausscheidung, Nahrung, Licht, geistige Tätigkeit, Liebe, Schutz und Behausung, Verteidigung und Angriff, Bewegung, Raft und Erholung, Schmuck, Bekleidung als Anstandsbedürfnis, Religion, Bedürfnis nach Macht und Einfluß, Bedürfnis nach Auszeichnung, Reinlichkeit. Ob man dieser Einordnung der Bedürfnisse ganz oder teilweise zustimmt, ist eine Sache für sich. Es soll nur gezeigt werden, daß man nicht einfach von Kapitalbildung reden, sondern an die Bedürfnisse der Menschen und an ihre Dringlichkeit denken soll. Daß im gesamten für eine gewisse Zeit vorgesorgt wird, das ist die Aufgabe der Wirtschaftler. Sparen wir Geld, dann muß es so gespart werden, daß wir dabei gedeihen.

4. Sinn der Kapitalbildung. Vom „Großhungern“.

Im ganzen soll das Leben lebenswerter gemacht werden. Diesen Sinn hat die Kapitalbildung. Wer davon abweicht, bildet falsch Kapital. So ist es auch Unsinn, davon zu sprechen, daß sich Preußen „großgehungert“ habe. Diese Redensart zeigt von einer Verkennung der Bedeutung des Sparens. Sparen ist nicht gleich hungern. Sparen heißt: vom Erarbeiteten Borräte für die Zukunft anlegen. Großhungern kann sich niemand, beim Großhungern geht der Mensch in die Vinsen. Wennünftigerweise wird das zurückgelegt oder für die Zukunft angelegt, was möglich ist, ohne sich körperlich oder seelisch zu schädigen. Heute aber, wo die Möglichkeiten der Gütererstellung viel größer sind als vor 100, vor 50 und noch vor 10 Jahren, sollte man das Wort hungern überhaupt nicht in den Mund nehmen, denn es ist das denkbar ungeeignetste Mittel, wirtschaftlich hochzukommen. Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Wir können (im ganzen genommen) um so eher und um so leichter Kapital bilden, je besser wir körperlich und geistig auf der Höhe sind. Kapital wird durch Arbeit und Borratsbildung geschaffen, so sagten wir. Aber Arbeit und Arbeit ist ein Unterschied. Sie kann leichter und ergiebiger gemacht werden. Es gilt also nicht, darauflos zu arbeiten, sondern gründlich zu bedenken, wie sie erleichtert und ergiebiger gestaltet werden kann. Das ist nur durch geistige Tätigkeit möglich. Sie muß immer der Arbeit vorangehen, also Pflege des Geistes: allgemeine und Fachbildung sind die ersten Voraussetzungen der Kapitalbildung.

5. Neue Kapitalbildung.

Im übrigen: es stimmt nicht, daß sich keine Neubildungen in Deutschland vollziehen. Nach den heutigen Verhältnissen wachsen dem Volkvermögen etwa 8 bis 10 Milliarden jährlich hinzu. Dies in Wohnungsbau, in Industrie, Verkehrsanlagen, landwirtschaftlichen und ähnlichen Verbesserungen. Wir wünschen alle, daß hierin mehr geschähe, aber auch all den Verwüstungen durch Krieg und Inflation ist dies doch eine beachtliche Leistung. Es ist auch als ein Vorteil anzusehen, wenn die Kapitalbildung auf die Seite der Arbeiterschaft rückt, sie sparen kann und so zu ihrem Teil dazu beiträgt, daß das Geld in die volkswirtschaftlich erwünschte Gütererstellung gelangt. J. A. B.

Den Alten zur Ehr'



Abolf Krügel.

Mitgründer der Verwaltungsstelle Döbeln vor 40 Jahren und seit dieser Zeit stets mitarbeitendes Verbandsmitglied.

Otto Wandel.

Seit 40 Jahren Mitglied der Verwaltungsstelle Döbeln. Langjähriger Funktionär; jetzt seit 15 Jahren Unterkassierer.

Den Jungen zur Lehr'

Wieviel Beamte gibt es?

Das Statistische Reichsamt veröffentlicht in „Wirtschaft und Statistik“ eine Übersicht über den Personalbestand der öffentlichen Verwaltung in Deutschland. Die Erhebung umfaßt die Personen, die im wesentlichen aus Steuermitteln besoldet werden. Ende März 1927 betrug deren Zahl 1 271 528. Davon waren 690 852 planmäßige Beamte, 79 233 außerplanmäßige Beamte und Beamtenanwärter, 155 663 Angestellte für dauernde Verwaltungszwecke und 114 105 Militärpersonen. Von den 925 748 Beamten und Angestellten kommen 121 509 auf das Reich und 804 239 auf Länder, Gemeindeverbände und Gemeinden über 2000 Einwohner (das Personal der kleineren Gemeinden ist nicht mit erfasst, hier kommt aber nur eine kleine Zahl in Betracht). Auf die einzelnen Verwaltungszweige der Länder und Gemeinden verteilen sich die 804 239 Personen wie folgt: Allgemeine Verwaltung 80 868, Polizei 161 027, Rechtspflege 73 782, Verwaltungsbehörden des Bildungswesens 6405, Volks-, Fortbildungs- und Mittelschulen 208 976, Höhere, Fach- und sonstige Schulen 50 830, Hochschulen 11 464, Kunst und Kirche 12 315, Wohlfahrts- und Wohnungswesen 43 327, Anstalten und Einrichtungen des Wohlfahrts- und Gesundheitswesens 47 755, Anstalten und Einrichtungen verschiedener Art 17 708, Wirtschaft und Verkehr 50 602, Finanz- und Steuerverwaltung 39 180. Auf 10 000 Einwohner kommen 148,3 Beamte und Angestellte.

Vorstehende Übersicht enthält, was zu beachten ist, nur das Personal der öffentlichen Verwaltung. Die Beamten und Angestellten der Reichsbahn und der Reichspost sind also nicht mitgezählt, denn diese sind Wirtschaftsbetriebe. Ihre Zahl beträgt bei der Reichsbahn rund 390 000 und bei der Reichspost 375 000.

Baut Wohnungen!

Die Ausichten des Wohnungsbaues sind heute zwar nicht mehr so ungunstig wie es vor einigen Monaten schien, sie sind aber auch nicht so, daß man alles seinen Gang gehen lassen könnte. Im Vorjahre wurden an die 330 000 neue Wohnungen gebaut, die einen Kapitalaufwand von 3,2 Milliarden Mark erforderten. Wie groß der Wohnungszugang in diesem Jahre sein wird, läßt sich jetzt natürlich noch nicht sagen, aber es besteht die Befürchtung, daß er kleiner sein wird als im Vorjahre. Denn dem Wohnungsbau stehen 1930 nur etwa 2,25 bis 2,45 Milliarden Mark zur Verfügung, gegen 3,30 Milliarden im Vorjahre. Ferner ist mit einem Ausfall von öffentlichen Bauten im Werte von etwa 1 Milliarde Mark zu rechnen. „Aus diesen Tatsachen“, heißt es in einer Entschließung des Wohnungs- und Siedlungsausschusses des Reichswirtschaftsrates, „ergibt sich im Interesse der Gesamtwirtschaft die dringliche Notwendigkeit, mit größter Beschleunigung Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, dem Bauplan 1930 möglichst viel und schnell Kapital zur Verfügung zu stellen, um die Bautätigkeit ihrem ganzen Umfange nach in Gang zu bringen und möglichst nicht unter den Stand von 1929 absinken zu lassen.“

Um den Wohnungsbau auf die im Interesse der Wohnungslosen und der Gesamtwirtschaft erforderliche Höhe zu bringen, hat der Wohnungs- und Siedlungsausschuss unter anderem folgende Vorschläge gemacht:

1. Möglichst baldiger Erlass eines Gesetzes oder einer Verordnung mit Festlegung eines Terms für Aufhebung der Kapitalertragssteuer aus Alt- und Neuemissionen festverzinslicher Werte zwecks Behebung des Pfandbriefabfahres im In- und Ausland.

2. Eiligste Prüfung gesetzlicher Maßnahmen, wie der Kapitalflucht in das Ausland wirksam begegnet werden kann, unter Einbeziehung der Frage der Wiederherstellung des Bankgeheimnisses.

3. Ersuchen an alle diejenigen Stellen, die den Wohnungsbau 1929 durch Zwischentredite gefördert haben, um um-

gehende Verwendung der durch Umwandlung in Dauertredite freigewordenen Mittel zu neuen Zwischentrediten sowie Ersuchen an die Reichsregierung, die noch nicht zurückgeforderten Reichszwischentredite den Ländern für 1930 zu belassen.

4. Dringliche Aufforderung an die öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten, die öffentlich-rechtlichen und privaten Versicherungsträger und Hypothekenbanken, zur endgültigen Finanzierung des Wohnungsbaues möglichst viel und rasch Kapital bereitzustellen und fest zuzusagen.

5. Eine gleiche Aufforderung an die Sparkassen, neben ihrer Mitwirkung an der Umschuldungsaktion der Kommunen den Wohnungsbau in Anbetracht seiner gegenwärtigen Notlage nicht zu benachteiligen, sondern ihn nach Kräften weiterzuführen durch Finanzierung der Bauten im voraus nach Maßgabe des erfahrungsgemäß zu erwartenden Einlagenzuwachses.

6. Einwirkung des Reichsfinanzministeriums auf die Beratungskommission für Auslandsanleihen zwecks Erleichterung der Aufnahme von Auslandsanleihen zu angemessenen Bedingungen auch für Zwecke des Wohnungsbaues und für Kommunalanleihen, die der Umschuldungsaktion und damit den Zwecken der Bauwirtschaft dienen.

7. Um die Schwierigkeiten bei der Beschaffung der zweiten Hypothek zu mindern und zugleich die Neubaumieten erträglich zu gestalten, die Hauszinssteuerhypotheken für 1930 im Rahmen der vorhandenen Hauszinssteuermittel zu erhöhen.

8. Alle nicht unbedingt notwendigen Bauaufwendungen zu vermeiden.

9. Den Wohnungsbau 1930 in der Hauptsache zu beschränken a) auf Herstellung von Wohnungen mit 2½ Räumen (Zimmer, Kammer und Küche) in Größe von 40 bis 50 Quadratmeter, b) auf Herstellung weiterer Wohnungen mit 3½ Räumen (2 Zimmer, Kammer und Küche) in Grenzen des örtlichen Bedarfs.

10. Zu erwägen, ob es angängig ist, die Bestimmungen der Länder über die Verwendung eines Teiles der Hauszinssteuermittel für Bürgschaftssicherung und die Erhaltung reparaturbedürftiger Altwohnungen zu erweitern.

Die Durchführung dieser Vorschläge würde die Wohnungsbautätigkeit zweifellos ein gutes Stück weiter bringen. Die Reichsregierung hat für solche Aufgaben aber keine Zeit. Sie macht in „Landwirtschaftshilfe“, das heißt sie füllt auf Kosten der Allgemeinheit die Taschen der Großagrarier.

Wer zahlt die Warenhaussteuer?

Eine der am übelsten duftenden Blüten in dem neuen Steuerbuket ist die erhöhte Umsatzsteuer, die dazu bestimmt ist, neben den Konsumvereinen die großen Warenhäuser zu treffen. Sie sollen ½ Prozent mehr Umsatzsteuer zahlen als die übrigen Geschäfte. So wollte es die Wirtschaftspartei, und der starke Reichskanzler Brüning mußte ihr den Willen tun, weil er ihre Stimmen notwendig brauchte.

In der Voraussicht dessen, was kommen würde, haben sich der Reichsverband der Industrie und der Reichsverband des Groß- und Überseehandels in Erklärungen gegen den Versuch von Großbetrieben des Einzelhandels gewendet, die erhöhte Umsatzsteuer auf dem Wege von Sonderkonditionen und Preisrabatten auf die Lieferanten rückzuwälzen. Beide Verbände haben die ihnen angeschlossenen Fachgruppen angewiesen, in keinem Falle eine Rückwälzung der erhöhten Umsatzsteuer zu dulden. Das gleiche haben auch die Verbände der Textilindustrie und des Textilgroßhandels getan. Mit welchem Erfolg, zeigt die Zuschrift eines bayerischen Fabrikanten an die „Frankfurter Zeitung“.

Dieser Fabrikant veröffentlicht einen an ihn gerichteten Brief eines bekannten Warenhauskonzerns, der mit folgenden Worten beginnt: „Wir haben uns gestattet, auf dem beiliegenden Auftrag neben unseren bisher üblichen Bedingungen einen Waren-Sonderkonto von ¼ Prozent zu vermerken.“ Zur Begründung wird auf das neue Umsatzsteuergesetz verwiesen und dann weiter gesagt: „Es bleibt uns daher kein anderer Ausweg, als auch unsere Lieferanten hierfür in Anspruch zu nehmen.“ Interessant ist, daß der Warenhauskonzern gleich ¼ Prozent auf ihre Lieferanten abwägt, also nicht nur die Sondersteuer, sondern auch die reguläre Erhöhung der Umsatzsteuer von 0,75 auf 0,85 Prozent und noch darüber hinaus. Der Fabrikant klagt, daß viele Tausende nicht imstande sind, eine solche Zumutung zurückzuweisen, und fährt dann fort:

„Wenn sich die Regierungsstellen nicht aufraffen können, durch eine gesetzliche Bestimmung die Rückwälzung der Sondersteuer in so brutaler Form zu verhindern, dann bietet sich das kuriose Bild, daß eine Steuer beschlossen worden ist, um die Warenhäuser zu belassen, daß aber in Wirklichkeit Kreise davon getroffen werden, von deren steuerlicher Entlastung, von der soviel gesprochen wird, unser wirtschaftlicher Wiederaufstieg abhängen soll.“

Er weist dann noch auf den Ausweg hin, die Sonderbelastung, die den Fabrikanten zugemutet wird, auf die kleineren Abnehmer abzuwälzen, aber das sei ein bedenkliches Mittel, denn damit würden diese kleineren Abnehmer den Warenhauskonzernen gegenüber immer weniger wettbewerbsfähig. Es ist aber schon so, daß schließlich die kleineren Händler die Sondersteuer tragen müssen, mit der ihre politischen Vertreter die Warenhäuser treffen wollten. In der Zuschrift ist nicht die Rede von den Arbeitern, es ist aber naheliegend, daß die Fabrikanten versuchen werden, sich an den Arbeiterlöhnen schadlos zu halten. Ist doch der Preisdruck der Abnehmer ein wertvolles Argument für den Segen der Brüningischen Steuerpolitik. Nur durch festen Zusammenhalt in den Gewerkschaften wird es der Arbeiterschaft gelingen, den von dieser Seite kommenden Druck abzuwehren.



Holzindustrie



Um den Sperrholzzoll.

Nach Zeitungsmeldungen empfiehlt der Reichswirtschaftsrat eine Erhöhung des Sperrholzzolles. Seinen Verhandlungen lag ein Antrag des Verbandes der Sperrholzfabrikanten zugrunde, der den Zoll von 10 auf 15 Mt. erhöht wissen will. Diese Forderung ist nicht neu. Der Reichswirtschaftsrat hatte sich mit ihr erstmals in den Verhandlungen über die kleine Zollvorlage im Herbst 1924 und dann im November 1927 anlässlich der Beratungen der autonomen Zollentzugsaktionen zu beschäftigen. Obwohl die Sperrholzfabrikanten in beiden Verhandlungen alles getan haben, was in ihren Kräften stand, um den Antrag zur Annahme zu bringen, lehnte der Reichswirtschaftsrat ihn ab. Diesmal haben sie mehr Glück gehabt. Das „Magazin der Wirtschaft“ führt dies auf die „starke Zersplitterung der Abnehmerseite“, also der Sperrholzverbraucher, zurück, „und dieser Zersplitterung mag es zuzuschreiben sein, daß sich im Reichswirtschaftsrat keine geschlossene Front gegen die Zollanträge der Industrie erhob. Dann heißt es wörtlich: „Die Gewerkschaften, die sich in anderen Fällen als Vertreter der Konsumenten betrachtet haben, traten in diesem Fall (wie in der letzten Zeit nur allzuoft) lediglich als Angehörige des betreffenden Industriezweiges auf und haben den Zollanträgen zumindest nicht widersprochen.“

Woher das „Magazin der Wirtschaft“ seine Kenntnis hat, ist uns nicht bekannt, aber das wissen wir, daß sie keiner klaren Quelle entstammt. Die Vertraulichkeit der Beratungen im Reichswirtschaftsrat hindert uns, auf die Stellungnahme unseres Verbandsvertreters hier näher einzugehen. Wie wir über den Sperrholzzoll denken, ist an dieser Stelle mehr als einmal zu lesen gewesen. Und an diesem Standpunkt hat sich bis heute nichts geändert. Bei den Verhandlungen vor einigen Wochen im Reichswirtschaftsrat handelte es sich vornehmlich um die Frage, wie das Ausland gezwungen werden kann, den berechtigten Forderungen der deutschen Sperrholzindustrie in bezug auf die Belieferung mit Rundholz entgegenzukommen. Der Gewährsmann des „Magazin der Wirtschaft“ weiß das natürlich auch, er verschweigt es jedoch, damit er seinen Sprüher gegen unseren Holzarbeiter-Verband loswerden kann.

Nachdem die Verhandlungen über ein Wirtschaftsabkommen mit Polen zu einer Verständigung geführt haben, werden Reichsregierung und Reichstag es sich sehr reißlich zu überlegen haben, ob sie dem Vorschlage des Reichswirtschaftsrats noch folgen können. Denn wenn die Zoll-erhöhung dazu führen würde, daß die Oststaaten ihren Ausfuhrzoll auf Rundholz noch mehr erhöhen, so wäre die Zoll-erhöhung für die deutsche Sperrholzindustrie ein zweifelhaftes Geschenk.

Selbsterkenntnis.

Die Zahl der Zusammenbrüche in der Holzindustrie hat in den letzten Jahren stark zugenommen. 1927 kamen 297 Betriebe in Konkurs, 1928 waren es 498 und 1929 sogar 749. Die Zahl der Vergleichsverfahren betrug in diesen drei Jahren 98, 249 und 419. Die Zunahme der Pleiten ist beträchtlich, gemessen an der Gesamtzahl der vorhandenen Betriebe fallen sie aber nicht ins Gewicht. Denn was will es besagen, wenn von rund 230 000 Firmen eine Zeitlang jährlich einige hundert aufgelöst werden. Für die davon betroffenen Unternehmer ist dies gewiß nicht angenehm, aber diese sind immer noch viel besser dran als die vielen Zehntausende arbeitsloser Holzarbeiter. Jedenfalls ist es lächerlich, wenn im Zusammenhang mit diesen zwangsweisen Betriebsschließungen von „einem großen Sterben in der deutschen Holzwirtschaft“ gesprochen wird.

Richtig ist, daß unter den Pleitefirmen sich Unternehmungen befinden, die vordem hoch im Ansehen standen und deren Verschwinden zweifellos ein wirtschaftlicher Verlust ist. Wer ist an ihrem Zusammenbruch schuld? Viele machen sich die Antwort hierauf sehr leicht: Der Staat mit seiner Steuer- und Sozialpolitik und die Gewerkschaften mit ihren Lohnforderungen. Wer den Dingen tiefer auf den Grund geht, stößt auf andere Ursachen: Viele Firmen gehen an der Unfähigkeit ihrer eigenen Leiter zugrunde. Die Unternehmer bestreiten dies, aber schließlich sprechen die Tatsachen eine so deutliche Sprache, daß mancher sich zur Wahrheit bequemen muß. Zu diesen gehört der Baron von Gorup (Wörth-Aschaffenburg), der kürzlich in einer Bezirksversammlung des Verbandes deutscher Kistenfabrikanten einen Vortrag über „Ursachen und Lehren der vielen Zusammenbrüche innerhalb der deutschen Holzwirtschaft“ gehalten hat.

Herr v. Gorup hat ausgeführt, daß „die erschreckend hohe und ständig anwachsende Zahl von Zusammenbrüchen nicht lediglich die Folge eines naturgemäß einsetzenden Sanierungs- und Gesundungsvorganges ist, sondern der Schreckensprozess der letzten Jahre machte deshalb tempomäßig so rapide Fortschritte, weil die Leiter der fallierten oder untergegangenen Betriebe in den meisten Fällen die nötige Umsicht und auch Fähigkeiten vermissen ließen. Den steigenden Schwierig-

keiten oft nicht genügend gewachsen waren und damit ein gut Teil Schuld oder die Hauptverantwortung am Zusammenbruch der Unternehmungen trugen“.

Die Fehler und Unterlassungen liegen nach Herrn v. Gorup 1. in dem unüberlegten und zu teuren Einkauf; 2. in der fehlerhaften und nicht sachgemäßen Buchführung; 3. in dem schlecht geleiteten Verkauf und 4. in einer mangelhaften und vielfach auch leichtsinnigen Geschäftsleitung. Was Herr v. Gorup zur Begründung seiner Behauptungen gesagt hat, können auch wir im allgemeinen unterschreiben. Er hat den Mut, den Finger in die Wunde zu legen. Dafür zeugen die oben zitierten Sätze wie auch die folgenden:

„Vielorts ließ man die notwendige Sparsamkeit und Einfachheit vermissen. . . Die Leitung war deshalb in zahlreichen Fällen zu kostspielig und die persönlichen Ausgaben der Firmeneinhaber nicht gerechtfertigt. . . Man war zu wenig fleißig und gründlich oder es mangelten die Befähigungen, um gesteigerten Ansprüchen an die eigene Leistung zu genügen, wodurch die Firma immer mehr dem Krebsgang entgegenging, bis letzten Endes die Bogen des Unglücks zusammenschlugen. . . Der Grund des Niederganges mag in einem oder anderen Falle bestimmt zutreffen, in weitaus der Mehrzahl der Debakel jedoch wäre mit Tatkraft und Können das Geschick wohl zu meistern gewesen und das Unheil in solcher Wucht verhütet worden, wenn nicht, wie angedeutet, reihenweise unverzeihliche Fehler jahrelang begangen worden wären. Ein altes und solid fundiertes Gebäude bricht nicht über Nacht zusammen, und so verfällt auch nicht von heute auf morgen ein altes angesehenes Unternehmen dem Tode, es sei denn, daß Fehler größter Art begangen werden. Wohl in der Mehrzahl der Fälle dürfte die Geschäftsführung durch Mängel aller Art langsam und sicher das Siechtum und Sinken des Unternehmens reif gemacht haben.“

Diesen Worten haben wir nichts hinzuzufügen. Wir wünschen nur, daß sie von den Unternehmern und ihren Schreiberlingen sauber aufgehoben und recht oft gelesen werden. Vielleicht kommen auch sie dann zu der notwendigen Selbsterkenntnis.

Die Rede des Herrn v. Gorup enthält aber auch Stellen, die entschieden Widerspruch herausfordern. Natürlich ist er mit der Lohnentwicklung der letzten Jahre höchst unzufrieden. Die Unternehmer seien „in der Bewilligung höherer Lohnforderungen zu wenig standhaft gewesen, als die Gewerkschaften jahrelang ohne innere Berechtigung, nur aus rein doktrinären und programmatischen Gesichtspunkten steigende Löhne forderten“. Obwohl diese Ausführungen nach jeder Seite hin schief sind, können wir sie übergehen, da sie längst Widerlegtes nur wiederholen. Herr v. Gorup hat weiter ausgeführt, daß die Zusammenbrüche auch mit darauf zurückzuführen seien, daß „oftmals die Kontrolle der geleisteten Arbeit und die Beaufsichtigung der Arbeiterschaft eine ungenügende war. Das Arbeitstempo vollzog sich schleppend und schwerfällig, und bei diesem Mangel an Überwachung wurde wenig produktiv gearbeitet und die Holz-ausnutzung durch Nachlässigkeit eine noch schlechtere.“

Wenn der Baron v. Gorup wirklich solche Erfahrungen mit der Arbeiterschaft eines Betriebes gemacht hat, dann hätte er doch den Ursachen ein wenig nachgehen sollen. Wo die Arbeiter bei langer Arbeitszeit und geringem Lohn in klavischer Abhängigkeit vom Unternehmer gehalten werden, da entwickeln sich solche Eigenschaften. Bei seiner geistigen Einstellung ist der feudale Redner aber gar nicht imstande, die wahren Ursachen zu erkennen. Ihm dünkt angemessene Entlohnung und anständige Behandlung der Arbeiter unangebrachte Sentimentalität. Er rügt, daß die Unternehmer ihre Arbeiter, wenn sie älter geworden sind, ihre Kräfte im Dienste ihres „Herrn“ verbraucht haben, nicht auf die Straße werfen. Dafür sollten junge Leute eingestellt werden, die sich auch leichter ausbeuten lassen. Wörtlich schreibt er: „Man übersah auch, daß die jungen Arbeitskräfte heranwachsen und damit der Lohnanspruch naturgemäß stieg, daß also diese Kräfte immer wieder systematisch durch jüngere und billigere hätten ersetzt werden sollen, um damit ausgleichend zu wirken. Es fehlte die ständige Beobachtung der Höhe des Lohnanteils am Fertigprodukt, während das Lohnkonto immer mehr anschwell.“

Was aus den Arbeitern werden soll, wenn sie älter werden, das berührt diesen Gemütsmenschen nicht. Und dabei kommen nach dieser Darstellung die Arbeiter sehr schnell in das Alter, das sie reif macht für den Abbau. Im Grunde muß man aber Leuten wie diesem Baron v. Gorup dankbar sein, daß sie aus der Berachtung, die sie ihren Ausbeutungsobjekten entgegenbringen, kein Hehl machen. Das trägt dazu bei, bei den Arbeitern das Verständnis dafür zu wecken, daß sie sich in der Gewerkschaft zusammenschließen müssen, um progigen Unternehmern gegenüber ihre Menschenwürde zu wahren.

Gründung des kontinentalen Waggontartells.

Die Verhandlungen über die Schaffung eines kontinentalen Waggontartells haben jetzt zum Abschluß eines Vorvertrages geführt. Das Hauptziel des Zusammenschlusses ist die Regelung des Exports. Der Kartellvertrag sieht für die einzelnen Länder Exportquoten vor, d. h. jeder nationalen Unternehmergruppe ist vorgeschrieben, welchen Umfang ihre Ausfuhr erreichen darf. Belgien hat mit 34,6 Prozent die größte Quote erhalten, und zwar mit Rücksicht darauf, daß die belgische Waggonindustrie zu vier Fünftel für die Ausfuhr arbeitet. Deutschland steht mit 28,8 Prozent an zweiter Stelle. Im Verhältnis zur Produktionskapazität der deutschen Waggonindustrie ist diese Quote nicht groß, sie entspricht aber den heutigen Exportverhältnissen. Nicht eingeschlossen ist in diese Quote die Ausfuhr der Außenleiterfirmen: Waggonfabrik Uerdingen, „Sawa“ (Hannover) und Christoph u. Unmack (Niestky); diese Firmen gehören dem Kartell nicht an, jedoch wird mit ihrem Beitritt in Wäld gerechnet. Für Frankreich beträgt die Exportquote 13,9 Prozent, für Italien 10,5 Prozent, für die Tschechoslowakei 6,9 Prozent, für Ungarn 2,4 Prozent, für Österreich 2,2 Prozent und für die Schweiz 0,7 Prozent. Der Anschluß Englands konnte noch nicht erfolgen, da es hier noch an einer vertragsfähigen Unternehmerorganisation fehlt.

Die Frage, ob die Kartellierung der Waggonindustrie zu einer wesentlichen Preiserhöhung führen wird, wird von der „Industrie- und Handelszeitung“ verneint. Zunächst einmal deshalb nicht, weil die Engländer noch abseits stehen, aber „außerdem ist auch Amerika ein gefährlicher Außenleiter, der dem Kartell besonders in den südamerikanischen Ländern schwere Konkurrenz machen wird“. Weiter heißt es in der Veröffentlichung dieser Zeitung: „Daneben wird aber auch das Kartell selbst eine möglichst weitgehende Beibehaltung der Produktion erstreben und damit von sich aus die Voraussetzungen für ein Niedrighalten der Preise schaffen. Wie bereits im Verlaufe der Verhandlungen bekannt wurde, soll nämlich die Normung und Typisierung der Waggon zentral bearbeitet werden, so daß der europäische Waggonbau durch die Herstellung einheitlicher Typen rationalisiert wird. Ob im Rahmen des endgültigen kontinentalen Waggontartells auch die geplante internationale Finanzierungsorganisation zur Beschaffung der Kredite für Exportaufträge der europäischen Industrie verwirklicht werden soll, ist noch nicht bekannt.“

Inzwischen macht die Konzentration im deutschen Waggonbau weitere Fortschritte. Die Westwaggongruppe übernimmt die Fuchs-WG. in Heidelberg gegen Abtretung des Schöndorff-Aktienpakets von etwa 1 Million Mark an die Ostwaggongruppe. Welche Folgen dies für die Fuchs-Waggonfabrik, die sich unter der Leitung von Schöndorff gut erholt hatte, haben wird, bleibt abzuwarten.

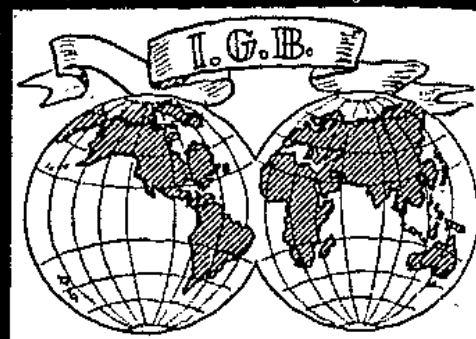
Vom Holzexportland zum Holzeinfuhrland.

Die Tschechoslowakei ist zu einem Drittel ihres Gebiets bewaldet, auf jeden Einwohner kommen 0,34 Hektar Wald. Auf Grund dieser Tatsachen galt sie bisher allgemein als Holzüberschußland. Der Umfang der Holzexporte in den ersten Jahren der Existenz des neuen Staates schien dieser Annahme auch recht zu geben. 1920 betrug die Ausfuhr rund 4 Millionen Tonnen. Daß sie diese Höhe erreichen konnte, war eine Folge des Nonnenraufes. Die Waldbesitzer waren gezwungen, ungeheuer große Waldflächen in kürzester Frist fahrlässig zu schlagen. Da der Inlandmarkt nur einen Teil des Holzes aufnehmen konnte, wurde der andere zu den denkbar niedrigsten Preisen auf den Weltmarkt geworfen. Auch in den folgenden Jahren stand die Ausfuhr noch im Zeichen des Nonnenraufes. Nach seiner Überwindung ging die Ausfuhrmenge stark zurück; im Jahre 1929 betrug sie noch rund 2 Millionen Tonnen. Damit hat sie ihren tiefsten Punkt noch nicht erreicht, und wahrscheinlich ist die Zeit, wo die Tschechoslowakei so gut wie keine Holzexporte mehr haben wird, nicht mehr sehr fern. Im „Prager Tagblatt“ schreibt Dr. Karl Uhlir, „daß kein Zweifel mehr darüber bestehe, daß in absehbarer Zeit das Aktivum der Holzhandelsbilanz verschwinden und sich in ein Passivum verwandeln wird. Die Tschechoslowakei hat nicht soviel Holz, um den erwartenden Mehrverbrauch des normalen Kulturanstiegs decken zu können. Sie wird aus einem Holzexportstaat zu einem Holzeinfuhrland.“

Diese Ausführungen überraschen den, der die Entwicklung der tschechoslowakischen Holzwirtschaft aufmerksam verfolgt hat, nicht. Die Tschechoslowakei scheidet aus der Reihe der östlichen Holzexportländer also in absehbarer Zeit aus. Vielleicht nicht ganz so kritisch steht es um Polen, aber auch die polnischen Wälder sind nicht unerlöschlich. Schon wehren sich in Polen selbst die Stimmen, die in der seitherigen Raubbauwirtschaft in den Forsten eine Gefahr für eine ausreichende Holzversorgung der heimischen Wirtschaft sehen. Die Dinge mögen hier noch nicht so ernst liegen wie in der Tschechoslowakei, so viel ist aber sicher, daß auch Polen für die Holzversorgung des Weltmarktes künftig bei weitem nicht die Bedeutung haben wird, die es in den letzten Jahren hatte.



Gewerkschaftsbewegung



Die Regierung Brüning und die christlichen Gewerkschaften.

Daß die neue Reichsregierung in den Kreisen der christlichen Gewerkschaften starken Sympathien begegnet, ist erklärlich. Der frühere Geschäftsführer des christlichen Gewerkschaftsbundes, Brüning, ist Reichszankler, der frühere Vorsitzende dieses Bundes und seiner wichtigsten Unterabteilung, des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, Stegerwald, ist Arbeitsminister. Die Reichsregierung ist sozialistenrein und ihr Schwerpunkt ist stark nach rechts verschoben. Alles Dinge, die von den christlichen Gewerkschaften sehr gern gesehen werden. Als vor kurzem die Herren Stegerwald und Brüning ihre Ämter in der christlichen Gewerkschaftsbewegung niederlegten, bezeichnete das christliche „Zentralblatt“ diesen Schritt als sowohl im persönlichen Interesse der Beteiligten als auch in dem der Gewerkschaftsbewegung liegend. Damals handelte es sich nicht um die Annahme eines Ministeramtes, sondern um die Berufung zur Partei- bzw. Fraktionsführung, und das „Zentralblatt“ begründete seine Auffassung damit, daß die Tätigkeit eines Parteiführers keineswegs immer in Einklang stehen wird mit den Forderungen der Gewerkschaftsbewegung.

Für Zentrumsführer trifft das zweifellos zu, und für Minister, die ehemals christliche Gewerkschaftsführer waren, in noch viel höherem Maße als für Parteiführer. Stegerwald hat in seinem neuen Amt als Arbeitsminister noch keine Gelegenheit gehabt, stärker hervorzutreten, um so mehr aber der Reichszankler Brüning. Er treibt eine Politik, die den alten christlichen Gewerkschafter Peter Schlaß, nebenbei bemerkt, auch wie Stegerwald ein ehemaliger Tischler, veranlaßt, von der Tribüne des Reichstags herab die Regierung seines Parteifreundes Brüning als die reaktionärste Regierung zu bezeichnen. Das war von seinem Parteistandpunkt aus politisch unklug, aber es war ehrlich. Und wenn Schlaß inzwischen veranlaßt wurde, öffentlich gegen die Loszugesen, die ihm wegen der offenen Aussprache seiner Ansicht Anerkennung zollten, so will das wenig belegen. Im Zentrumslager stehen Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit nicht hoch im Kurse; sie müssen zurücktreten, wenn es die politische Schlaueit erfordert.

Im „Zentralblatt“ der christlichen Gewerkschaften ist die Regierung Brüning mit überschwenglicher Begeisterung begrüßt worden. Mit verschwenderischer Fülle werden dort dem neuen Mann Vorwurfslosigkeiten geipendet. Mit Dr. Brüning haben wir endlich den taufvollen Staatsmann an die Spitze der Reichsregierung bekommen. „Schon die Art, wie er die neue Regierung bildete, wie er seine Mitarbeiter auswählte und mit Zustimmung innerlich widerstrebender Kräfte der neuen Regierung ein Vertrauensvotum des Reichstags abrang, das zeugt von staatspolitischem Blick für die Notwendigkeiten politischer Führung: Die Haltung Dr. Brünings war für die deutsche Demokratie eine bestreikende Tat.“

Das war geschrieben, noch ehe die Steuer- und Zollvorlagen vom Reichstag verabschiedet waren. Die Art, wie Brüning auf die verschiedenartigen Wünsche der verschiedenartigen Parteipolitiker einging, deren Stimmen er notwendig brauchte, wäre geeigneter gewesen, den Überdrehung zu dämpfen. Der doch Brüning seine Bierstimmenmehrheit nur erzielen können durch Zugeständnisse, die durchweg auf Kosten der Arbeiterschaft gehen. Auf die Führung der christlichen Gewerkschaften macht das nur geringen Eindruck. Der Vorsitzende des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, Bernhard Otte, legt das Loblied auf die herrliche Regierung Brüning, das im „Zentralblatt“ angekündigt wurde, in der Tageszeitung der christlichen Gewerkschaften, „Der Deutsche“, Nummer fort. „Unbeschadet der Tatsache, daß einige Beschlüsse dieser Regierung auch keineswegs die Billigung der christlichen Gewerkschaften finden“, sind deren Leistungen, im ganzen betrachtet, doch großartig.

Wochen- und monatlang, sagt Otte, habe die alte Regierung über die Gestaltung der Reichsfinanzen ergebnislos verhandelt, da kam Brüning, der Geld, und im Pandum-drehen vollbrachte er das große Werk. Den ewig hungriigen Agrariern bot er Erfüllung ihrer jedes vernünftige Maß übersteigenden Zollwünsche. Das Verbot der Einfuhr ausländischen Fleisches und noch so manche Kleinigkeit. Daß damit die Lebenshaltung der Arbeiterschaft verbessert wird, die auswärtigen Handelsbeziehungen sehr erleichtert werden und die Industrie erste Befürchtungen hinsichtlich der Drohung unseres Exports hat, will wenig belegen. Der christliche Gewerkschafter Otte nennt das eine „Lebung der Wirtschaft“. Mit Schielens Gefolge hat man hätte aber Brüning nichts anzufangen gewußt. Wie kam es sich die Deutsche Volkspartei mit der Ermäßigung der vorgesehene Erhöhung der Biersteuer. Dafür wurde die Umsatzsteuer erhöht und die Konsumvereine mit einer Erdrückungsteuer belegt. Damit wurden die Wirtschaftsparteiler gewonnen. Dazu kamen noch verschiedene andere Zugeständnisse und Befürchtungen hinter dem Kulissen, so der Bau eines Panzerkreuzers. Dergestalt erzog Brüning auf dem Wege schmähligen Schwachs seinen herrlichen Sieg mit vier Stimmen Mehrheit.

Herr Otte hat es übernommen, das Werk seines Freundes Brüning zu loben und es den Arbeitern mundgerecht zu machen. So erzählt er, daß die Verwirklichung des Programms der Grünen Front im Interesse der Gesamtwirtschaft liege, und er fährt fort: „Die Stärkung der Kaufkraft der Landwirtschaft und die stärkere Unterbindung der Abwanderung vom Lande in die Städte wirkt im Sinne vermehrter Beschäftigung und der Verminderung der Arbeitslosigkeit.“ Bei der Erfüllung der agrarischen Zollwünsche war von einer besseren Entlohnung der Landarbeiter mit keinem Wort die Rede, und die Agrarier denken wohl selbst am allerlehten daran. Oder sollte die Unterbindung der Abwanderung vom Lande wörtlich zu verstehen sein? Sollte Herr Otte schon im voraus seinen Segen zu einem Attentat auf die Freizügigkeit geben wollen?

Es hätte nicht im Interesse der Arbeiterschaft gelegen, sagt Herr Otte, daß die Sozialdemokratie das Kompromiß über die Sanierung der Arbeitslosenversicherung ablehnte, denn das Kompromiß habe doch den Schwerpunkt der Regelung späteren Beschlüssen des Parlaments vorbehalten. Aber Herr Otte weiß doch, daß das Kompromiß zwangsläufig zum Abbau der Leistungen der Arbeitslosenversicherung führen sollte, entgegen den Beschlüssen des Kabinetts, für welche die Sozialdemokraten eintreten. Als wichtigsten Erfolg der Regierung Brüning registriert Herr Otte, daß sie die Opposition der unter der Führung Hugenburgs stehenden Rechten gesprengt und Teile von ihr an die Regierung gebracht habe. Das ist zwar auf Kosten der Arbeiterschaft geschehen, aber das ist nicht so wichtig. Später wollen die christlichen Gewerkschaften an der Beseitigung einiger Beschlüsse arbeiten, die auch Herr Otte für nicht haltbar hält. Es ist eine eigenartige Taktik, sich für gemeinschädliche Beschlüsse ins Zeug zu legen, um später an ihrer Beseitigung zu arbeiten.

Im Sinne dieser Ausführungen des Vorsitzenden des Gesamtverbandes hat auch der große Ausschuß der christlichen Gewerkschaften beschlossen, der auf den 24. und 25. April berufen war, um die erregten Gemüter der christlichen Gewerkschafter zu beruhigen. In der angenommenen Entschließung wird die schnelle Verabschiedung der Steuererlasse begrüßt, im gleichen Atemzuge aber beklagt, daß „Einzelmäßigkeiten mit beschlossenen wurden, die aus wirtschafts- und sozialpolitischen Gründen unhaltbar sind“. Das gilt insbesondere von der Erhöhung der Umsatzsteuer und der Sondersteuer für die Konsumgenossenschaften. Die christlichen Gewerkschaften treten dafür ein, daß später der Forderung nach sozialer Gerechtigkeit weitgehend Geltung zu verschaffen ist. Für die Gegenwart wart finden sie sich damit ab, daß die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit weitgehend mißachtet wurde, und sie sind begeistert von der Regierung Brüning, die in ihren Werken die soziale Gerechtigkeit mit Füßen tritt.

Invalidenunterstützung bei den Steinarbeitern.

Über die Einführung der Invalidenunterstützung hat eine Abstimmung im Steinarbeiter-Verband stattgefunden. Die Beteiligung war schwach, was mit der großen Arbeitslosigkeit erklärt wird. Von rund 68000 Mitgliedern haben sich 40943 oder 60,2 Prozent an der Abstimmung beteiligt. Von den Abstimmenden erklärten sich 74,0 Prozent für die Einführung der Unterstützung. Auf Grund dieses Beschlusses wird der Beitrag ab 1. Juli um 10 Pf. erhöht. Mit der Auszahlung der Invalidenunterstützung wird am 1. Oktober 1930 begonnen.

Die Lohnbewegung im Baugewerbe.

Für das Baugewerbe gilt der im Jahre 1929 abgeschlossene Reichsrahmenvertrag, der bis zum 31. März 1931 läuft. Die Löhne waren durch einen besonderen Vertrag geregelt, der bis zum 31. März 1930 abgeschlossen war und zum Ablauf an diesem Tage von beiden Parteien gekündigt wurde. Aber die Lohnfestlegung bestimmt der Rahmenvertrag, daß zunächst in den Bezirken über die Lohnhöhe verhandelt wird. Kommt keine Einigung zustande, dann fungiert als erste Schlichtungsstelle das Bezirksstarifamt mit einem unparteiischen Vorsitzenden und je vier Beisitzern beider Parteien. Es entscheidet jedoch nur dann endgültig und bindend, falls der Schieds-spruch einstimmig gefällt wird oder beide Parteien sich vorher verpflichtet haben, den zu füllenden Schieds-spruch als bindend anzuerkennen. Trifft eine dieser Voraussetzungen nicht zu, so kommt der Lohnstreit vor ein verstärktes Starifamt, in dem drei Unparteiische und je vier Beisitzer amtieren. Wird hier ein Spruch mit mindestens 7 Stimmen Mehrheit gefällt, so ist er endgültig und bindend. Ist das nicht der Fall und wird Berufung eingelegt, so tritt das Hauptstarifamt in Tätigkeit, dessen Schieds-spruch endgültig und bindend wird.

In den bezirklichen Verhandlungen forderten die Unternehmer überall einen starken Lohnabbau. Sie fühlten sich hierbei als die Borkämpfer des gesamten Unternehmertums. Das Baugewerbe ist die erste größere Berufsgruppe, die in diesem Frühjahr in der Lohnbewegung steht, und in der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände sind schon frühzeitig Abmachungen getroffen worden, die darauf hingingen, den eifrig propagierten Lohnabbau mit dem größten Nach-

druck zu betreiben. Dementspendend war die Einstellung der Bauunternehmer in den bezirklichen Verhandlungen. Die Forderung der Bauarbeiter auf 10 Pf. Lohnzulage wurde in den Starifämtern überall zurückgewiesen, dagegen wurde in einer Reihe von Bezirken auf Lohnherabsetzung entschieden. Das führte dazu, daß das Hauptstarifamt für sehr zahlreiche Bezirke die endgültige Entscheidung zu treffen hatte. Das Hauptstarifamt tagte vom 10. bis 12. April im Reichsarbeitsministerium. Das Ergebnis war, daß alle Lohn-tarife unverändert bis zum 31. März 1931 verlängert werden. Dieses Ergebnis ist wenig befriedigend. Zwar ist der Lohnabbau abgewehrt worden, aber auch die berechnete Forderung auf Lohnherhöhung blieb unerfüllt. Für die im nächsten Jahre fällige Tarif- und Lohnbewegung dürfte sich durch diese Entscheidung viel Zündstoff ansammeln.

Die Lohnbewegung der Maßschneider.

Der von den drei Unparteiischen am 7. März am Schluß der in Braunschweig geführten Verhandlungen gefällte Schieds-spruch ist, wie wir berichtet haben, von den Arbeitern einmütig abgelehnt worden. Der Bekleidungsarbeiter-Verband rief darauf zum Kampf auf, der am 31. März einsetzte. Bald standen in 114 Städten rund 10000 Arbeiter und Arbeiterinnen im Streik. Der Kampf erhielt eine weitere Ausdehnung dadurch, daß die Unternehmer in einigen Orten, die vom Streik nicht betroffen waren, zur Aussperrung schritten. Die Unternehmer stellten den Antrag auf Verbindlicherklärung des Schieds-spruches. Daraufhin berief das Reichsarbeitsministerium die Parteien zu Nachverhandlungen. Es wurde ein neues Schiedsgericht eingesetzt, bestehend aus Prof. Dr. Brahn (Dortmund), Prof. Dr. Jörges (Halle) und Dr. Dobberstein (Berlin). Der am 9. April gefällte Schieds-spruch beseitigte wohl die Verschlechterungen des Reichstarifvertrages, die der Braunschweiger Schieds-spruch gebracht hatte, aber die Regelung der Lohnfrage war noch so ungenügend, daß auch der neue Schieds-spruch abgelehnt wurde. Wieder stellten die Unternehmer den Antrag auf Verbindlicherklärung. Dieser Antrag wurde erneut abgelehnt, der Reichsarbeitsminister Stegerwald gab vielmehr den Parteien auf, in direkter Verhandlung eine Verständigung zu suchen. Das ist dann schließlich auch gelungen. Die am 12. April getroffene Vereinbarung besagt, daß sämtliche Lohnsätze von 97 Pf. und darüber um 3 Pf., die unter 97 Pf. um 2 Pf., und die der Zuarbeiterinnen in der Damenschneiderei um 1 Pf. erhöht werden. Auf Grund dieser Vereinbarung wurde der Streik beendet. Die tariflichen Spitzenlöhne betragen nunmehr in der untersten Städtegruppe 69 Pf., und sie steigen bis 118 Pf. in der höchsten Städtegruppe.

Tarifverhandlungen im Malergewerbe.

Nach direkten Verhandlungen zwischen den Parteivertretern, die zu keinem Ergebnis führten, trat am 16. April das Hauptstarifamt unter dem Vorsitz von Regierungsrat Dr. Dobberstein aus dem Reichsarbeitsministerium zusammen. Nach dreitägigen Verhandlungen verkündete es am 18. April seinen Schieds-spruch, der eine Reihe von Änderungen des seitherigen Reichstarifvertrages enthält, die jedoch materiell nicht von erheblicher Bedeutung sind. Der so abgeänderte Tarifvertrag tritt ab 1. Mai 1930 wieder in Kraft und gilt bis zum 30. April 1933. Das gleichfalls abgelaufene Lohnabkommen wurde unverändert auf ein Jahr, bis zum 30. April 1931 verlängert. Bemerkenswert ist ein bei dieser Gelegenheit gefaßter Beschluß des Reichstarifamts, der dem Hirsch-Dunderichen Gewerkverein der Maler, Lackierer, Anstreicher und graphischen Berufe ausgibt, bis zum 28. April den Nachweis zu liefern, daß ihm mindestens 1000 Malergehilfen angehören. Falls dieser Nachweis nicht erbracht wird, scheidet der Gewerkverein vom 1. Mai 1930 an als Tarifvertragspartei aus.

Die Filmgewerkschaft.

Die Filmgewerkschaft ist nach dem Kriege in der Zeit der gewerkschaftlichen Hochflut gegründet worden, von ihrer gewerkschaftlichen Betätigung hat man in der Öffentlichkeit wenig erfahren. Sie soll im Jahre 1920 den höchsten Mitgliederstand mit 6616 erreicht haben. In den Jahrbüchern des ADGB begegnet man in der Statistik der Gewerkschaften meist der Bemerkung, daß die Filmgewerkschaft nicht berichtet habe. Im Jahrbuch 1928, dem letzten vorliegenden, ist die Filmgewerkschaft für das Jahr 1926 mit 1273 Mitgliedern verzeichnet, für die Folgezeit ist nicht berichtet worden. Die Gewerkschaft hatte wohl nominell einige Ortsgruppen, tatsächlich beschränkte sich aber die Mitgliedschaft auf Berlin. Nunmehr ist im Einvernehmen mit dem Vorstand des ADGB die Überführung der Mitglieder der Filmgewerkschaft in den Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs vereinbart worden. Nach der getroffenen Vereinbarung stellt die Filmgewerkschaft mit dem 30. April 1930 ihre Tätigkeit ein und wird von diesem Tage an aus dem Verzeichnis des ADGB gestrichen. Die Mitglieder können ihren Übertritt vollziehen, doch erfolgt die Anrechnung der geleisteten Beiträge nur, wenn der Übertritt zum 15. Mai vollzogen ist.



Unterhaltung und Wissen



Andreas Kirchmayers alte Uhren.

Von Alexander von Sacher-Masoch.

Vor einer Woche starb hier Andreas Kirchmayer, der veredelte alte Uhrmacher, und wurde in der südlichen Ecke des Friedhofes neben seinem Sohne begraben. Von dieser Ecke geht man rechts weit über den Kanal, den Hügel hinauf, die kleinen schmalen Althäuser der Türkenstraße mit ihren verputzten Giebelwänden. Die Türkenstraße liegt hier, in der kleinen Stadt, in die ich jetzt wieder heimgekehrt bin nach so vielen Jahren. Vieles hat sich verändert seit jenen Tagen, als ich — ein Knabe — den Weg durch die Türkenstraße nahm, am steinernen Löwen vorbeizog, und an den östlichen Gärten der Stadt, bis zur Schule. Und als ich jetzt nach so vielen Jahren wiederkehrte, kam ich gerade zurecht zu Andreas Kirchmayers Begräbnis. Ich stand am Friedhof in der hintersten Reihe, dennoch sah ich den Sarg und die wenigen, die ihn umringten, genau. Andreas Kirchmayer besaß keine Verwandten, kein Mensch in der kleinen Stadt hatte ihn je Freund geheißt. Zeit seines Lebens liebte er von niemandem Geld und war keines Mannes Gläubiger. Nie hatte er einem „sein Herz ausgeschüttet“, wie man das so schön nennt, wenn einer am Wirtshausisch vor dem anderen mit allem auspackt, was ihn beschwert, und sich so preisgibt den aufmerksamen Ohren Fremder. Obschon der Alte gern und oft im „Blauen Jgel“ an den Abenden hinter dem Schoppen saß, vor sich hinsinnend. Aber immer saß er allein. Der „Blaue Jgel“, diese Schenke zünftiger Bürger und leichtfertiger Studenten, lag auf der anderen Seite der Türkenstraße, dem Kirchmayerischen Hause gegenüber. O, ich hatte im geheimen manchen Trunk getan als junger, flammwanger Pennäler. Hier, unter den rauchgebeizten Deckenbalken der Schenke!

Ich stand in der letzten Reihe der spärlichen Leidtragenden auf dem Friedhof. Der Herr Juwelier Goldbaumer steckte in einem viel zu engen Frack, und als er sich bückte, um einen Spaten voll Erde in das Grab zu schaufeln, brach die Naht auf seinem runden Rücken entzwei. Der Schweiß perlte ihm vom Doppelkinn in seinen Zylinder, den er verkehrt in der Hand hielt. Herr Berchtl, der Lohnfuhrwerker, hatte eine neue, grüne Samtweste an, die ihm



stüttig um die dürrer Mitte hing. Herr Berchtl hustete vor Vergnügen in dem Augenblick, als Goldbauers Fracknaht zerbrach. Sie waren alte Feinde, die zwei, eine Feindschaft lächerlichen Ursprungs, wie sie in Kleinstädten vorkommt. Ich erinnerte mich und mußte lächeln. ... Nach ein paar Leute waren da, die aus Anstand gekommen, denn Andreas Kirchmayer war ein Bürger der Stadt und sein Begräbnis ein Ereignis. Er hatte keine Erben hinterlassen, auf die Gemeinde. Zwei alte Klageweiber schluchzten jämmerlich vor dem Grab. Und inzwischen prasselte ein Spaten Erde nach dem anderen auf den Uhrmacher herab, der steif und kalt in der Grube lag fern dem ganzen Getriebe und fremd, so fremd, wie er sein Leben hindurch allen hier war.

In der Ecke der brüchigen Friedhofsmauer ragten zwei Säulen in die sinkende Dämmerung, und drüben, über dem Kirchengelände, flammten die ersten Lichter der Stadt auf. Ich dachte mir ein, daß auch ich ein Fremder hier bin, denn alle Menschen, die ich liebte und die früher hier gelebt, waren entweder fortgezogen nach dem großen Krieg oder Andreas Kirchmayer vorangeeilt in die große, unbekannte Ferne. Nur eine Hoffnung trieb mich dazu, das Städtchen aufzusuchen, die Plätze, Häuser und kleinen winkligen Gäßchen wiederzusehen, den Ort, in dem ich meine Knabenjahre verlebt hatte. Und es kam mir ein, daß ich viel mehr wußte über Andreas Kirchmayers Leben als alle jene, die hier versammelt waren, um seiner mehr oder minder lästigen Pflicht zu genügen. Erinnerungen bestürmten mich, und ich entsann mich, daß das Leben des alten Uhrmachers von einer Tragik erfüllt war, die weit über die engen Grenzen kleinstädtischer Empfindlichkeit hinausragte, und daß all seine Verdrücktheit geheiligt war durch ein unermesslich tiefes Gefühl der Liebe zu seinem Sohne. So stark ergriff mich die Wiederkehr von Andreas

Kirchmayers Schicksal, daß mir auf dem Heimwege die Häuser, Gärten und Straßen näherkamen und auch die Menschen weniger fremd schienen als zuvor. Die kleine Stadt, wie sie früher gewesen, entstand in mir, neu hervorgezaubert durch das seltsame Schicksal des alten Mannes.

Ich will euch seine Geschichte erzählen:

Ich gehe rückwärts, fünfzehn lange Jahre, und sehe Andreas Kirchmayer vor mir, der in der Dämmerung jenes bemerkenswerten Herbsttages mit gleichmäßigen Schritten über die Hauptstraße daherkam. Er war schon damals ein alter Kerl, und ein paar Zipsel seines grauen Haars flatterten etwas widerpenstig unter dem breiten Hutrand hervor.

Durch tausend Strassen . . .

Durch tausend Strassen dieser Welt bin ich gezogen.
Da Stadt und Stadt und Not und Leid zur Seite war.
Und Dorf und Erntejahr und Winterschwere kamen —
Kaum weiss ich von den vielen Dingen noch die Namen.
Vielleicht hiess alles nur Vergänglichkeit.

Denn hinter mir, denn überall im Schreien,
Im Schattenbogen meines zielgewandten Blicks
Versank die Welt — in graue Nebelweiten,
Versank die Klage irdischen Geschicks.

Ich aber schritt am Rand verklungener Tage,
Umbräut von reiferem Gesang,
Hinübersuchend in die neuen Ewigkeiten! Otto Zäse.

vor. Ich mochte damals vierzehn Jahre alt sein und hatte die Angst, die ich lange Zeit dem seltsamen Uhrmacher gegenüber empfand, schon überwunden. Denn obgleich er sich mit keinem im Städtchen näher anfreundete, führte ich heute die freiwillige Abgeschlossenheit, in der er lebte, mehr auf eine innere Schüchternheit zurück. Ich glaube nicht, daß er im Grunde die Einsamkeit suchte oder gar ein Menschenhasser war.

An jenem Herbstabend fiel eintöniger, dünner Regen und ein kühler Wind strich von der Richtung des Sarko durch die Straßen des Städtchens. Der Winter war nicht mehr fern und Andreas Kirchmayer beschleunigte seine Schritte mehr als sonst. Er trug einen hochgeschlossenen, schwarzen Rock, der seinem Äußeren etwas Priesterhaftes verlieh. Die hellgrauen Augen blickten unbeweglich geradeaus. Als er an mir vorbeikam, zog ich tief den Hut, aber er schien mich nicht zu bemerken. Er stützte sich auf einen Krückstock mit silbernem Griff, die rechte Hand mit dem Stock ziemlich weit von sich ab haltend, und als er hinter dem steinernen Löwen in die Türkenstraße einbog, erschien er mir durch den nebeligen Vorhang des Herbstregens hindurch wie ein seltsames, dreibeiniges Tier. (Schluß folgt.)

Merke! Humor.

Ein schlaues Jünger. Eine Gruppe Ärzte besuchten eine moderne Heilanstalt, in der Arbeitstherapie getrieben wurde. Die Kranken fuhren im Schweife ihres Angesichts auf Schubkarren Ziegelsteine herbei; am Schluß kam einer mit leerem umgekehrtem Schubkarren daher. Auf die fragenden Blicke der Besucher erwiderte der führende Arzt, man dürfe diesen Kranken nicht fragen, da er sonst höchst aufgeregt werde. Aber einer machte sich doch an den Mann heran und fragte ihn, warum er seinen Karren umdrehe. „Das wissen Sie nicht?“ erwiderte der Jünger überlegen, „wenn ich den Karren richtig halte wie die anderen Trottel, dann bekomme ich jedesmal Steine hineingeladen und muß mich damit abplagen. Ich bin doch kein Idiot.“

Der Fettsack. Zu Händen des Herrn Postdirektors kommt ein Schriftstück mit einem Fettsack besudelt. Voller Entrüstung läßt der Herr Postdirektor das Schreiben zurückgehen. Er umrahmt den Fettsack mit Tinte und schreibt auf den Rand des Schreibens: „Wer hat den Fettsack verschuldet?“ — Zunächst kommt das Schreiben zu dem Herrn Postsekretär. Dieser, eifrig bemüht, alle großen und kleinen Wünsche des Herrn Direktors zu erfüllen, erkundet mit einem Kleinaufwand von Mühe und Zeit, daß Postgehilfe Schmitt der Schuldige ist. In Erledigung seines Auftrages bemerkt er unter der Randbemerkung des Herrn Postdirektors: „Postgehilfe Schmitt ist der Schuldige.“ — Als das Schreiben zum zweiten Male den Weg zum Herrn Direktor fand, geruchte dieser, auf dem Schriftstück zu bemerken: „Schmitt soll sich schämen.“ — Nun wanderte das Schriftstück zu dem Postgehilfen Schmitt. Tags darauf fand der Herr Direktor das Schreiben zum dritten Male bei sich vor mit der Schlussbemerkung: „Geschämt. Schmitt.“

Wahre Liebe. Der Tourist saß im Wirtshaus des Dörfchens und sprach von der Ehe; das wahre Eheglück, meinte er, sei nur noch auf dem Lande zu finden, fern von den Aufregungen der Stadt. — „Wer weiß, ob das stimmt“, sagte ein alter Mann, „aber ich habe gestern Nacht zwei geschlagene Stunden gelesen und die Hände meiner Frau gehalten.“ — „Kann man besser seine Liebe zeigen?“ rief der andere entzückt. — „Liebe?“ brumnte der Alte, „wenn ich sie losgelassen hätte, hätt' sie mir die Augen ausgekratzt.“

Giftige Frühlingsboten.

Die Macht des Winters ist gebrochen, und jeder neue Tag läßt die Natur in reicheren Schmuck erscheinen. Aber wenn man die unzähligen Frühlingsblumen betrachtet, mit denen sich Feld und Wiese schmücken, erscheint es unbegreiflich, daß der Genuß dieser bunten lieblichen Fülle auch seine Gefahren birgt. Denn unter den schönfarbigen, duftenden Blumen und Blüten gibt es nicht wenige Giftpflanzen, die man kennen muß, will man sich vor Schaden bewahren. Wie gern pflückt der Spaziergänger, der an einem schönen Frühlingstag den Weg ins Freie findet, einen Strauß, ohne zu bedenken, daß die freudig begrüßten Erstlinge unserer Flora nicht immer harmlos sind. Unter ihnen befinden sich zahlreiche Giftträger, aber auch gefährlichere, die tödlich wirkendes Gift enthalten. Zu den letztgenannten gehören beispielsweise die aus dem laublosen Wald hervorleuchtenden rosaroten, stark duftenden Seidelbastblüten. Zerquetschte Pflanzenteile rufen auf der Haut Blasen hervor, während der Genuß von Beeren sogar den Tod im Gefolge haben kann. Wenn man die Beeren zerkaut, empfindet man einen scharfen und brennenden Geschmack und wird zu heftigem Erbrechen gereizt. Trotz dieser Eigenschaften ist der Seidelbast eine viel besuchte Insektenblume, deren Blütengrund, oft überfüllt des süßen Nektars, von Bienen, Hummeln und anderen frühfliegenden Insekten eifrig besucht wird. Die größeren Tiere verschmähen jedoch den zierlichen Blütenstrauch, und auch der Mensch tut gut daran, eine Berührung der rosigen kleinen Kreuzförmchen, die aus dem kahlen Gezweig hervorlachen, zu vermeiden.

Weniger giftig ist das zu den Farnpflanzen gehörende Scharbockkraut, das schon unter den ersten warmen Sonnenstrahlen seine goldgelben Blütensterne öffnet und an geschützten Standorten in Gras und Buschwerk allenthalben anzutreffen ist. Der Giftgehalt verteilt sich jedoch, wie beim Seidelbast, auf sämtliche Teile der Pflanze. Kostet man ein Blattstückchen vom Scharbockkraut, so macht sich sofort ein scharfer, beißender Geschmack bemerkbar, und das ist denn auch der Grund, weshalb kein Tier an die Pflanze herangeht. Der Giftgehalt des Krautes ist jedoch sehr schwach und auch nur in den Teilen festzustellen, die sich über der Erde befinden; die Knollen, die Stärkemehl enthalten, können ohne Schaden gegessen werden. Ein harmloser Frühlingsbote, den man namentlich in feuchten Wiesen und am Rand von Bächen antrifft, ist die Sumpfdotterblume, deren Saft ein nikotinähnliches Alkaloid als Giftstoff enthält, der allerdings wenig wirksam ist. Früher machte man die Blütenknospen sogar als falsche Kapern ein und benutzte die grellgelben Blütenblätter, um die Butter zu färben. Zu den Giftpflanzen zählt auch das Maiglöckchen; auch hier ist das Gift sehr schwach, aber in allen Teilen der Pflanze enthalten, so daß besonders Kinder vor dem Genuß der roten Kugelfrüchte gewarnt werden müssen.

Auch der Goldregen, der die Farbensymphonie eines Frühlingstages so charakteristisch belebt, ist in allen seinen Teilen giftig. In dem Samen ist ein Giftstoff, das Cytisin, enthalten, ein Alkaloid, das Erbrechen verursacht und zum Tode führen kann; es sind sogar Erkrankungen möglich, wenn der Mensch die Milch einer Ziege trinkt, die vorher Goldregen gestreift hat. Hier muß auch die Einbeere genannt werden, die ihre unscheinbaren gelbgrünlichen, duftlosen Blüten im Mai entfaltet; bei ihr sind es hauptsächlich die Wurzel und die Beerenfrüchte, deren Genuß Betäubung und Brechreiz zur Folge hat. Recht gefährlich ist auch die auf den sonnigen, hügeligen Frühlingswiesen wachsende Kuh- oder Küchenschelle, deren herabhängende, außen braunkula und innen schwärzlich gefärbte Glockenblüten eifrig von Insekten besucht werden. Sie enthält ein stark giftiges Öl, das sich beim Zerreiben der Blätter durch seinen unangenehmen beißenden Geruch bemerkbar macht und innerlich stark betäubend wirkt. Nicht ganz so gefährlich ist der in feuchten Laubwäldern blühende Aron oder Aronstab. Seine Blätter brennen zerkaut stark auf der Zunge; aber besonders die Wurzel enthält einen scharfen, ägenden Giftstoff.

Ein anderer schmucker Gast der Wiese, der Löwenzahn, steht bei vielen im Verdacht, giftig zu sein, weil sein Milchsaft einen bitteren Geschmack aufweist; dasselbe gilt von der zur gleichen Zeit ihre gelben, röhrenförmigen Blüten erschließenden Osterluzei, die ebenfalls ebenso widerlich schmeckt wie riecht. In Wirklichkeit enthält weder der Saft der Osterluzei noch die Milch des Löwenzahns auch nur die geringsten Giftspuren. Die Osterluzei hat sogar, wie das Öl der Kuhschelle, das bisweilen gegen Gicht und Rheumatismus bei äußerlicher Anwendung gute Dienste tut, eine heilbringende Wirkung; aus ihr wird ein Stoff gewonnen, der die Hauttätigkeit anregt. Sind diese beiden letztgenannten Frühlingsblumen also durchaus harmlos, so gilt dies nicht von drei beliebten Schmuck- und Topfpflanzen, der Tulpe, der Hyazinthe und der chinesischen Primel, die ebenfalls in einem gewissen Sinne zu den Giftträgern gerechnet werden müssen. Die Zwiebeln der Tulpe und der Hyazinthe sind im frühen Zustand giftig, während die chinesische Primel aus ihren Drüsenhaaren ein Sekret ausscheidet, das bei der Berührung Hauterkrankungen erzeugen kann.

